

www.linksfraktion.de

Die NATO setzt auf militärische Eskalation

Die NATO hält an ihrer Eskalationsstrategie fest: Inzwischen sind etwa 41 000 ISAF-Soldaten im Einsatz. Weitere 10 000 kämpfen unter dem Befehl der OEF. Immer mehr Panzer und Flugzeuge werden nach Afghanistan verlegt.

Die ISAF übernimmt zunehmend Kriegsaufgaben der OEF, deren brutale Vorgehensweise für Opfer in der Zivilbevölkerung sorgt. Die Militäroperationen beider Truppen werden inzwischen vom selben General koordiniert.

Durch die NATO-Strategie wird zudem das zivile internationale Engagement diskreditiert. Aber der NATO geht es vor allem darum, ihre Glaubwürdigkeit als globale Ordnungsmacht und die transatlantische Bündnissolidarität aufrecht zu erhalten. Sie nimmt den Anstieg der zivilen Opfer als so genannte Kollateralschäden in Kauf.

Die Bundeswehr macht mit

Bislang trägt die Bundesregierung jede Eskalation der NATO mit, von der geographischen Ausweitung des ISAF-Mandats 2003 bis hin zur Verlegung von Recce-Tornados zum Auftakt der NATO-Frühjahrs-offensive. In den Führungsstäben der NATO und im ISAF-Hauptquartier sind deutsche Offiziere direkt an der Einsatzplanung beteiligt. Und nach wie vor stehen bis zu 100 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) für unmittelbare Kriegshandlungen gegen mutmaßliche Terroristen im Rahmen der OEF bereit.

Obwohl der Großteil der etwa 3 200 Soldaten des deutschen Afghanistan-Kontingents im Norden stationiert ist, beteiligt sich die Bundeswehr zunehmend an Einsätzen im Süden. Tornado-Kampf-flugzeuge wurden allein in den ersten zwei Monaten mehr als zweihundert Mal eingesetzt und die Hälfte der Flüge fand über den heftig umkämpften Gebieten

in Süd- und Ostafghanistan statt. Es ist naheliegend, dass mit den auf diesem Weg gesammelten Informationen auch OEF-Einheiten versorgt werden.

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Die Bilanz zeigt: Krieg ist kein Mittel, um Terror zu bekämpfen. ISAF und OEF sind in Afghanistan gescheitert. Die OEF ist völkerrechtswidrig. Dass sich deutsche Soldaten der KSK an dieser Mission beteiligen, ist ein ebenso schwerer Fehler wie ihre Unterstützung durch Tornado-Kampffjets der Bundeswehr.

Die deutschen Militäroperationen sind politisch und militärisch gescheitert. Es ist höchste Zeit, den Weg vom Militär zurück zur Politik einzuschlagen. Die Friedens- und Entwicklungsperspektive Afghanistans beginnt mit dem Rückzug der Bundeswehr.

DIE LINKE fordert:

- Rückverlegung der Tornado-Kampfflugzeuge nach Deutschland
- Stopp der deutschen Beteiligung an den Anti-Terror-Kriegseinsätzen in Afghanistan
- Abzug des deutschen ISAF-Kontingents
- Finanzierung des zivilen Wiederaufbaus statt des Kriegseinsatzes

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Bundeswehr raus aus Afghanistan

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Krieg ist keine Lösung

Das Ergebnis von sechs Jahren Krieg in Afghanistan ist verheerend. Die Zahl der zivilen Opfer mehrt sich. Die Armut wächst, Nahrungsmittelknappheit bedroht ein Drittel der afghanischen Bevölkerung. Der Drogenanbau und -handel blüht wieder. Die proklamierten Ziele der Militäroffensiven wurden nicht erreicht; Wiederaufbau, Demokratie und Sicherheit sind in weite Ferne gerückt. Schlimmer noch: »Die Militäreinsätze in Afghanistan haben zu mehr Gewalt und Terror im Land geführt«, sagt Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Je länger dieser Krieg dauert, desto stärker werden die Taliban.

Die von den NATO-Truppen gestützte Karsai-Regierung ist unfähig, der afghanischen Gesellschaft eine positive Perspektive zu bieten. Korruption durchzieht den Staatsapparat. Die Situation der Frauen in Afghanistan ist weiterhin deprimierend; von wichtigen politischen und gesellschaftlichen Positionen sind sie ausgegrenzt. Die bisherige Strategie zur Bekämpfung der Drogen kriminalisiert die Kleinbauern und stärkt die Drogenbarone.

Statt die Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern, ist die NATO mit ihren Militäreinsätzen im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) und durch die Operation Enduring Freedom (OEF) selbst zum Unsicherheitsfaktor geworden: Im Jahr 2006 sind nach Angaben von Human Rights Watch über 200 Zivilisten von ausländischen Truppen getötet worden. Diese Zahl wurde 2007 bereits nach sechs Monaten übertroffen.

DIE LINKE: Bundeswehr raus, Entwicklungshelfer rein

DIE LINKE hat als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von Anfang an abgelehnt. Sie ist überzeugt, dass der Kampf gegen Terror nicht mit militärischen Mitteln gewonnen werden kann und hat geschlossen gegen jedes Einsatzmandat gestimmt. Sie setzt sich für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan ein und zeigt, dass es Alternativen zu diesem Krieg gibt. In enger Abstimmung mit friedenspolitischen Gruppen, zum

Beispiel durch Workshops, Anhörungen und Runde Tische, mobilisiert DIE LINKE auch öffentlichen Protest. Denn »gerade auch vor dem Hintergrund seiner Geschichte darf sich Deutschland weder mittelbar noch unmittelbar an einer Kriegführung beteiligen, die die massenhafte Tötung von Zivilisten in Kauf nimmt«, wie Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, feststellt.

DIE LINKE fordert zivilen Wiederaufbau für Afghanistan

Die Afghanistan-Politik muss komplett geändert werden, damit das Leiden der Bevölkerung abnimmt und der Wiederaufbau beginnen kann. Dazu muss Deutschland der militärischen Option abschwören und sich als internationaler Zivildienstleister engagieren. Denn der Wiederaufbau des Landes kann nicht gelingen, solange auswärtige Truppen viele Unschuldige töten und dadurch Wut und Hass in der Bevölkerung schüren. Nur mit einem solchen Kurswechsel kann für Afghanistan eine Friedens- und Entwicklungsperspektive gewonnen werden, die in einer ausschließlich zivilen und polizeilichen Investition besteht und massives finanzielles und personelles Engagement erfordert: Eine zivile Infrastruktur muss aufgebaut und ein Gesellschafts- und Staatswesen gefördert werden, das alle Menschen an politischen Entscheidungen teilhaben lässt und im Besonderen die Rechte von Frauen stärkt. Um die Korruption erfolgreich zu bekämpfen, braucht es eine neue Strategie gegen die afghanischen Drogenbarone. Agrarinvestitionen sind notwendig, damit die Bauern und Bäuerinnen von ihren Erträgen leben können, und Schulen und Universitäten müssen aufgebaut werden. Dieser Aufbau kann nur von zivilen Helfern – von Ingenieuren, Ärztinnen und Lehrerinnen –, nicht aber von Militärs geleistet werden. Am Geld sollte der Wiederaufbau nicht scheitern: Der Einsatz der Bundeswehr hat die Steuerzahlerinnen und -zahler bisher knapp 2 Milliarden Euro gekostet. Dieses Geld muss für den zivilen Wiederaufbau des Landes eingesetzt werden.

Demonstration »Bundeswehr raus aus Afghanistan«
Wann: 15. September 2007, 12 Uhr
Wo: Rotes Rathaus in Berlin



Ja:

Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag.

- Ja, ich will den E-Mail-Newsletter der Fraktion DIE LINKE erhalten.
- Ja, ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE aktiv unterstützen.

HERR/FRAU/TITEL

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

E-MAIL

Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bitte senden Sie uns Ihre Angaben ausgefüllt entweder in einem Fensterkuvert oder per Fax an: 030/22 75 61 28

August 2007, Afghanistan